Neuer Anlauf für Pflegekammer

Soziales: Minister Lucha will mit einer Interessenvertretung die Selbstverwaltung der Beschäftigten stärken

BEI PFLEGERINNEN UND PFLEGERN IST DIE MÖGLICHE KAMMER UMSTRITTEN – JÜNGERE BESCHÄFTIGTE SIND EHER DAFÜR, ERFAHRENE KRÄFTE EHER DAGEGEN. BILD: SINA SCHULDT/DPA

Von Matthias Schiermeyer

Stuttgart. Einen Monat ist es her, dass Sozialminister Manfred Lucha (Grüne) zumindest einen kleineren Kreis von Fachleuten einweihte: Vor dem Arbeitskreis Soziales der Grünen-Landtagsfraktion in Wiesloch gab er das Signal, dass nun das Projekt Landespflegekammer erneut gestartet werden soll. Es soll den Pflegekräften mehr Mitsprache bei der Gestaltung ihrer Rahmenbedingungen verschaffen.

Lucha wagt also den nächsten Anlauf, um das im Herbst 2020 wegen der Pandemie gestoppte Vorhaben durchzuziehen – wenngleich die Kabinettsvorlage nun erst am 13. September statt noch vor der Sommerpause eingebracht werden soll. Schon im April hatte die Stabsstelle Pflegekammer in seinem Haus die Arbeit am Gesetzentwurf wieder aufgenommen. So zeichnet sich nun ab, dass im Februar 2023 ein Gründungsausschuss mit dem Landespflegerat Baden-Württemberg gebildet wird. Er soll bis Sommer 2024 mindestens 60 Prozent der Pflegefachkräfte davon überzeugen, sich bei der Pflegekammer registrieren zu lassen. Bei angenommenen 110 000 Betroffenen wären es somit 66 000 Beschäftigte, die einwilligen müssten.

Wird das Quorum erreicht, würden alle Pflegekräfte voraussichtlich zur Mitgliedschaft in der Kammer verpflichtet und müssten Beiträge in noch offener Höhe bezahlen. Zudem würde die Kammer eine Berufsordnung und Fortbildungen vorschreiben.

Einen Beirat, in dem Gewerkschaften, Krankenhaus-Gesellschaft und Landkreistag vertreten waren, hat Lucha Mitte Juli aufgelöst. Obwohl sein Plan steht, will er die Öffentlichkeit außen vor lassen: „Wir können frühestens nach der Sommerpause etwas dazu sagen“, wiegelt eine Sprecherin seines Hauses ab. Bis dahin liefen noch Gespräche, denen man nicht vorgreifen könne. Eine Sprecherin der Grünen-Fraktion stellt fest: Die Kabinettsvorlage liege der Fraktion bisher nicht vor, so dass man sich nicht im Detail dazu äußern könne. Lucha hat offenkundig die Sorge, im Vorfeld erneut mit massiver Kritik konfrontiert zu werden – was ihm auch die Sommertour in den nächsten zweieinhalb Wochen ein wenig vermiesen könnte.

Anders der Koalitionspartner: „Als CDU-Fraktion stehen wir zum Koalitionsvertrag und sind grundsätzlich bereit, die Einrichtung einer Pflegekammer mitzutragen“, sagt ein Sprecher. Eckpunkte eines Gesetzesvorschlags seien der CDU vorgestellt worden. „Ohne der Entscheidung der Landesregierung vorgreifen zu wollen, begrüßen wir ausdrücklich die Absicht des Sozialministeriums, aus Gründen der demokratischen Legitimität die Wahl zur ersten Vertreterversammlung nur dann durchzuführen, wenn es dem Gründungsausschuss gelingt, mindestens 60 Prozent der zukünftigen Pflichtmitglieder der Kammer zu registrieren.“ Die Entscheidung werde damit im Wesentlichen in die Hände der potenziellen Pflichtmitglieder gelegt. So obliege es Befürwortern und Gegnern, im „demokratischen Wettbewerb der Argumente“ das Verfahren voranzubringen.

Fürsprecher finden sich auch unter Pflegedirektoren und Pflegedienstleitern sowie verstärkt unter Auszubildenden und Hochschulabsolventen. „Da macht sich ein ausgesuchter Kreis für die Kammer stark“, sagt der Pflegefachmann von Verdi, Volker Mörbe. Die Gewerkschaft ist weiterhin strikt gegen die Kammer, obwohl es auch unter Verdi-Mitgliedern Zustimmung gibt.

„Für Beschäftigte ist das ein zusätzliches Aufsichtsorgan, das Mitglieder kontrollieren und sanktionieren kann, wenn sie nicht ordentlich gearbeitet haben“, kritisiert Mörbe, der auch Personalrat am Klinikum Stuttgart ist. Die Kammer schaue auf das Verhalten der Beschäftigten, nehme aber keinen Einfluss auf die Rahmenbedingungen. „Die Kammer erweckt den Eindruck, die Interessenvertretung aller Pflegenden zu sein.“ Letztlich wären diese aber Pflichtmitglieder.

Trotz der Sorge, dass Druck ausgeübt werden könnte, sich registrieren zu lassen, hält es Mörbe für schwierig, das 60-Prozent-Quorum zu erreichen. Das Grundproblem sei das Desinteresse, sagt er. Wenn sich Pflegekräfte auf die Diskussion darüber einließen, „dann sagen sie relativ schnell: Ich bin meinem Arbeitgeber verpflichtet, warum soll die Kammer mir reinreden“. Gerade bei Kräften mit vielen Berufsjahren sei die Ablehnung groß – in der Altenpflege mehr noch als in den Krankenhäusern.

Mit Lucha direkt zu diskutieren, geht offenbar nicht. „Als Verdi haben wir das Problem, dass er mit uns nicht darüber sprechen will“, sagt Mörbe. „Wir werden bei dem Thema als Störer wahrgenommen.“ Allerdings sei die Mehrheit der organisierten Pflegekräfte bei Verdi – während die Fachverbände „nicht sehr mitgliedsstark“ seien.